

DEMOKRATIE #1

FAKTENBLATT

GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Gemeinsame Werte, ein friedlicher und respektvoller Umgang miteinander und ein solides Vertrauen in die Institutionen des Staates und in die Mitbürgerinnen und Mitbürger: Das ist die Basis, um unsere vielfältige Gesellschaft zusammenzuhalten. Doch der gesellschaftliche Kitt scheint in jüngerer Vergangenheit zunehmend brüchig zu werden. Polarisierungen und gesellschaftliche Konflikte nehmen zu. Immer häufiger wird davor gewarnt, dass die Gesellschaft in einzelne, sich sprachlos oder sogar feindselig gegenüberstehende Gruppen zerfällt.

Soziale Spaltungen

Das Einkommen und der Reichtum in Deutschland ist so ungleich verteilt wie nie zuvor. Die soziale Ungleichheit nimmt stetig zu. Allein das reichste Prozent der Bevölkerung vereint 35% des Vermögens auf sich. Die oberen 10% kommen gemeinsam auf zwei Drittel des Nettovermögens. Gleichzeitig kommt der Aufstieg durch Bildung ins Stocken und die soziale Herkunft bestimmt immer stärker auch das zukünftige Leben. Wer um seine Existenz fürchten muss, dem bleibt die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und die Entfaltung der Bürgerrechte vorenthalten. Die soziale Ungleichheit wirkt sich unmittelbar auf die demokratische Integration aus: Die benachteiligten Bevölkerungsgruppen zeichnen sich im Vergleich zu Besserverdienenden und Hochgebildeten durch eine deutlich geringere Wahlbeteiligung aus. Studien zeigen die Folgen: Ihre Interessen haben bei Entscheidungen des Bundestags eine geringere Relevanz. Sozial schwache Schichten werden so zunehmend aus demokratischen Prozessen ausgeschlossen.

Vertrauen in das politische System

Damit wächst ihre Entfremdung vom politischen System. Das Gefühl, sich im Zweifelsfall auf den Schutz durch den Staat verlassen zu können, nimmt ab. Vielfältige Unsicherheiten nehmen dagegen zu: Die Herausforderungen der Klimakrise, die industrielle Transformation, Globalisierung und Migration verunsichern viele Menschen. Der Sparkurs der letzten Jahrzehnte im öffentlichen Dienst, bei der Infrastruktur und in anderen Bereichen, zeichnet das Bild eines Staates, der nicht mehr in der Lage und willens ist, seinen Aufgaben nachzukommen. So wachsen Zweifel an der Problemlösungskompetenz des Staates und der Politik. Von diesen Spannungen profitieren Rechtspopulisten, die mit simplen Botschaften, Hass und Hetze die vorhandenen Spaltungen vertiefen und das Vertrauen in unsere Demokratie vorsätzlich untergraben.

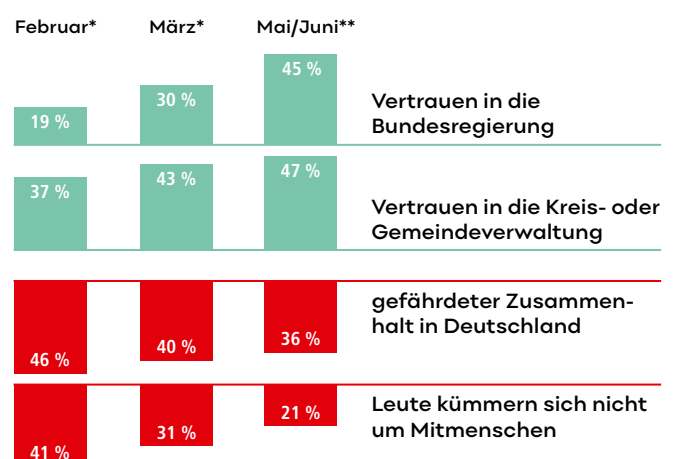
Zusammenhalt verbessert sich

Doch es besteht Hoffnung. In der Corona-Krise zeigt sich ein nach wie vor hohes Maß an Zusammenhalt. Das Vertrauen in den Staat ist im Zuge der politischen Maßnahmen gegen die Pandemie stark gestiegen (Grafik). Darauf lässt sich aufbauen. Doch es braucht einen Staat, der auch nach der Pandemie zeigt, dass er für die Menschen da ist.

Der DGB fordert

- einen handlungsfähigen und aktiv gestaltenden Staat, der in die Zukunft investiert
- eine sozial gerechte und ökologisch vernünftige Gestaltung des Strukturwandels („Just Transition“)
- die Würde des Menschen im Arbeitsleben durchzusetzen mit guter Arbeit und mehr Tarifbindung
- eine nachhaltige Stärkung der sozialen Sicherung, zum Beispiel durch die Stabilisierung des Rentenniveaus.

WIE STEHT ES UM VERTRAUEN UND ZUSAMMENHALT?



* 1. Befragungswelle 3.010 Fälle; ** 2. Befragungswelle 1.000 Fälle
Grafik: Bertelsmann Stiftung (2020)

